

Kulturpolitik darf nur Finanzpolitik sein



von Wolfgang Böhler



07.03.2014 -- Bern ist kulturpolitisch am Hyperventilieren: In der Schweizer Bundesstadt laufen einige Kulturdiskussionen teils parallel, teils seltsam verschränkt. Die Stadt hat im Januar zum Hearing eingeladen, die Leiterin der Abteilung Kulturelles will nun doch noch ein Kulturkonzept vorlegen, nachdem sie dies zuvor als unnötig erachtete, einzelne Akteure rund um die Kunstsammlerin Carola Ertle, das unabhängige Kulturmagazin *Ensuite* und das Kornhausforum haben zur «Bernener Kulturkonferenz» eingeladen. Es gehe «um Inhalte, nicht um Geld», so das Credo der Konferenz. Das mutet etwas naiv an: Letztlich geht es auch diesen Akteuren ums Geld, nämlich um die Frage, wie man begründen kann, dass diese mehr, dafür jene weniger erhalten, denn die in der Kulturkonferenz und im Kulturdachverband Bekult (der auch die Kulturkonferenz unterstützt) vereinten Institutionen sind im Wesentlichen die kulturellen Subventionsempfänger der Stadt.

Ginge es tatsächlich nicht ums Geld, sondern um Inhaltsfragen, müsste die Konferenz anders zusammengesetzt sein: Neben den Kulturinstitutionen müssten die Sport- und Freizeitvereine dabei sein, der Gewerbeverband, Migrantenvereinigungen, Vertreter von Seniorenorganisationen, Kirchen und andere religiöse Gruppen, Blasmusikverbände, Chorvereinigungen, die Bürgergemeinde und vermutlich noch einige mehr, denn unter den Kulturinstitutionen, die eh schon einen engen personellen und ideellen Austausch pflegen, herrscht ein Grundkonsens darüber, was Kultur sein und bewirken soll. Die Entscheidungen, die in der Berner Kulturpolitik momentan zu treffen sind, adressieren aber Interessen weit darüber hinaus: die Gemeinden des ländlichen Umfeldes und den normalsterblichen Stimmbürger, dem das durchschnittliche Kulturverständnis der in den Hearings und Konferenzen vereinten «Kulturschaffenden» etwa so fremd ist, wie einem Bergbauern das Wellenreiten.

Man lade ja ein und sei für alle offen, dürfte der Einwand lauten. Kulturpolitik interessiere aber leider zu wenig ausserhalb der Kulturszene. Dass man einlädt, ist sicher richtig, dass Kulturpolitik nicht interessiert, hingegen weniger. In städtischen Verschönerungs- und Quartiervereinen und ausserhalb des städtischen Zentrums investieren viele Bürgerinnen und Bürger enorm viel Zeit und Engagement für Kulturprojekte wie Sängertage, Quartierfeste, religiöse Feiern, Dorftheater, Schmuck der Strassen und Häuser und so weiter. Sie tun im Grunde dasselbe wie die »Kulturschaffenden«: Sie gestalten ihre Umwelt und denken über das Leben nach. In den Augen vieler professioneller Kulturschaffender sind ihre Resultate aber reaktionär, kleinbürgerlich nicht innovativ und niveaulos. Sie folgen also der Einladung nicht, weil sie (zu Recht?) vermuten, dass eine von einschlägigen Interessengruppen aufgegleiste «Kulturkonferenz» Vorentscheidungen darüber bereits getroffen hat, was relevante Kultur und was richtiges Kulturbewusstsein ist.

Man kann die Behauptung der Kulturkonferenz, es gehe um Inhalte, verschieden deuten: als Aufforderung zur Kunstphilosophie (sie liesse sich in anderem Rahmen angemessener betreiben), als Protest, weil der Durchschnittspolitiker und Funktionär sich mutmasslich nicht mit den Aussagen von Kunst auseinandersetzen will (dazu gibt es mittlerweile die Kulturvermittlung) oder als Frage danach, welche Akzente eine Region kulturpolitisch setzen sollte (dann geht es schliesslich doch wieder ums Geld, nämlich darum, was man fördern und wo wiederum man Geld abziehen soll). Aber im Grunde genommen sind solche Deutungen bloss Gedankenspiele, denn In der Kulturpolitik darf es wie in jedem andern Politikfeld eines freiheitlichen Staates nicht um Inhalte gehen, sondern bloss darum, wer wem wie und zu welchen (finanziellen) Bedingungen welche Ressourcen zur Verfügung stellt.